



## Probleme im Fokus

### Blick auf die Eröffnung des 126. Deutschen Ärztetages

Auf dem Weg zur Eröffnungsveranstaltung hören wir einen ohrenbetäubenden Lärm. An einem SPD-Stand versucht Bundesgesundheitsminister Lauterbach mit der Bevölkerung Kontakt aufzunehmen, wird aber durch eine Gruppe mit Megafon und Hupen und einem Geschrei „Lauterbach muss weg“ daran gehindert. Ein Polizeiaufgebot schützt ihn vor dem Mob. Die Stimmung ist beängstigend aggressiv und bei seiner Rede spürt man, dass der Minister sichtlich beeindruckt ist. Am Eingang des Konzerthauses „Glocke“ in Bremen bringen Mitglieder des Hartmannbundes den Besuchern im Rollenspiel die schwierige Arbeitssituation junger Ärztinnen und Ärzte nahe. (Siehe dazu den Beitrag von Svenja Krück auf S. 416.)

Bundesärztekammerpräsident Klaus Reinhardt weist einleitend auf die Kriegssituation in der Ukraine hin, beschreibt die gezielte Zerstörung der medizinischen Infrastruktur und versichert den Kolleginnen und Kollegen der Ukraine unsere Unterstützung. Die Bundesärztekammer habe eine Plattform geschaffen, auf der sich Ärztinnen und Ärzte melden können, die in der Ukraine helfen wollen. Hier hätten sich bisher ca. 2.000 gemeldet. Anwesend ist Andrij Basylewytch, Vorstandsmitglied der Ukrainian Medical Association, der mit stehendem Applaus empfangen wird und eine kurze Ansprache hält.

#### Solidarität mit der Ukraine

Auch Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach betont die Solidarität der Bundesregierung mit der Ukraine und erklärt, dass in deutschen Krankenhäusern schwer verletzte Ukrainer versorgt werden. Weiter werde in der Ukraine mit deutscher Hilfe Zentren für Brandverletzte aufgebaut.

In seiner Rede nimmt der Bundesärztekammerpräsident wohlabgewogen und im Einzelnen präzise zu den aktuellen Problemen des Gesundheitswesens Stellung. Hier einige Stichpunkte:  
Das Gesundheitsministerium plant eine Krankenhausreform unter Ausschluss der

Ärzeschaft durch Wissenschaftler und ohne das erforderliche Fachwissen aus der Praxis. Dem widerspricht Lauterbach. Zu einem späteren Zeitpunkt werden auch die ärztlichen Gremien gehört, die dann das Geplante umsetzen sollen. Reinhardt fordert, dass die verfasste Ärzteschaft strukturell eingebunden und eine Mitsprache erhalte solle.

Eine auskömmliche Finanzierung der Krankenhäuser gebe es seit Jahren nur in Sonntagsreden, die montags bereits vergessen seien. Es sei ein Praxiszukunftsgesetz nötig mit interoperablen Ausbau der Vernetzung von Praxen und Kliniken. Dies müsse von Bund und Ländern finanziert werden.

#### Digitale Stolpersteine

Die Digitalisierung der Medizin soll sich an den Bedürfnissen von Patienten und Ärzten orientieren und intuitiv bedienbar sein. Sie müsse – eigentlich eine Selbstverständlichkeit – auch stabil laufen, so dass sie nicht zu regelmäßiger Doppelarbeit führe. Eine wie bisher nicht ausreichend getestete Software zerstöre die Akzeptanz der Digitalisierung, die die Ärzteschaft vorbehaltlos unterstütze. Ein Negativ-Beispiel ist das E-Rezept. Bis zum Jahresende seien 42 E-Rezepte ausgestellt worden und Millionen auf dem Papier. Reinhardt bedankt sich für die Verschiebung der verpflichtenden Einführung des E-Rezepts und eine erneute Testung unter realen Bedingungen.

In der medizinischen Versorgung werden mehr und mehr Kapitalinteressen durchgesetzt. Die medizinischen Maßnahmen werden bei Private Equity-Eigentümern rigoros einer Gewinnmaximierung unterzogen, um Jahresrenditen von 10–15 % zu erzielen. Kommerzieller Druck beeinflusst zunehmend ärztliche Entscheidungen. Dies muss dringend ein Ende haben.

Die Förderung der Gesundheitskompetenz der Bevölkerung muss verbessert werden. Hier sollten neue Wege gesucht werden, da zur Zeit große Gruppen nicht erreicht werden. Ein Schulfach Gesund-



Foto: © Jürgen Gebhardt/BAK

Rede im Konzerthaus: Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach.

heitskompetenz sei hier hilfreich. Die Ärzteschaft sei im Sinne Virchow der Gesamtbevölkerung verpflichtet.

Zur GOÄ (Gebührenordnung für Ärztinnen und Ärzte): Hier sei die Ärzteschaft in Vorleistung gegangen und habe mit der PKV (Verband der Privaten Krankenversicherung) ein konsentiertes Modell entwickelt. Eine neue GOÄ wird von der Politik seit drei Jahrzehnten verschleppt. Zur Zeit werden viele Prozesse einer dynamisch entwickelnden Medizin nicht abgebildet und es werden notdürftig Analogleistungen entwickelt, die dann zu viel Verunsicherung und Streit führen. Die dadurch entstehende Intransparenz muss beendet werden. Ärzte haben Anspruch darauf persönlich erbrachte Leistungen angemessen vergütet zu bekommen. Das nicht Handeln der Politik wird als Affront betrachtet. Zum Ende seiner Rede übergibt Reinhardt dem Minister ein gedrucktes Exemplar der neuen GOÄ, die von Lauterbach nur widerwillig entgegengenommen wird.

Auf die Rede des Ministers gehe ich nicht weiter ein. Eine kleine Lehrstunde zu neuen Coronavarianten, viel Eigenlob und wolkige Versprechen ohne konkrete Zusagen. So ist es leicht mehr Studienplätze zu fordern, wenn die Länder zuständig sind. Eine neue GOÄ wird es wohl nicht geben, sie störe das labile Gleichgewicht von GKV (gesetzliche Krankenversicherungen) und privaten Kassen. Mit talkshowreifen populistischen Sprüchen heischt er dennoch reichlich Beifall ein.

Die Ärzteschaft ist eben höflich.

**Dr. med. Peter Zürner**